



**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**in den vergangenen Wochen ging es in Berlin um viele Gerechtigkeits-Themen!  
Hier wieder eine Zusammenfassung der letzten zwei Sitzungswochen:**

Generationengerechtigkeit – Was das ist, haben anscheinend weder Tilman Kuban und seine Junge Union noch die FDP bisher verstanden, wenn sie die geplante **Grundrente** als Angriff auf eben diese kritisieren. Wir 12 junge, neue SPD-Abgeordnete haben uns mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet, in der wir klar-

stellen, dass die Grundrente gerecht und ökonomisch sinnvoll ist. Gerecht, weil alle die 35 Jahre gearbeitet und/oder Erziehungs- oder Pflegezeiten geleistet haben, eine Rente über dem Niveau der Grundsicherung verdienen, aus Anerkennung und Respekt für die erbrachte Lebensleistung. Dabei geht es nicht um eine Sozialleistung, sondern einen Rentenanspruch: Die Grundrente gebührt allen – unabhängig von

ihren sonstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen oder denen des Ehepartners oder der Ehepartnerin. Die Grundrente verzichtet deshalb auf eine Bedürftigkeitsprüfung und setzt somit auch die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, dass selbstgenutztes Wohneigentum geschützt werden soll. Es wird deutlich: Für uns gehört zur Generationensolidarität Respekt für Lebensleistungen und der Kampf gegen Altersarmut. Konservative und (Neo-) Liberale hingegen wollen Spitzenverdiener\*innen über den Solidaritätszuschlag um 10 Milliarden entlasten. Solidarität mit Rentnerinnen oder Steuergeschenke für Spitzenverdiener\*innen: Hier wird in aller Klarheit deutlich, wie sich die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik von den Vorschlägen von CDU und CSU unterscheiden. [Hier](#) findet ihr unsere Stellungnahme und hier die Berichterstattungen von [ZDF](#) und [Handelsblatt](#).



Seitdem das Bundesverfassungsgericht vor einem Jahr die Regelungen zur Bemessung der **Grundsteuer** für verfassungswidrig erklärt hat, ist eine Diskussion um deren Reform entbrannt. Es geht bei der Reform um den Erhalt der drittichtigsten Einnahmequelle der Kommunen. Wir wollen die Grundsteuer ge-



recht und aufkommensneutral gestalten. Während sich 15 Bundesländer dafür bereits auf Eckpunkte einer wertabhängigen Neugestaltung der Steuer geeinigt haben, beharrt die CSU ebenso wie die FDP auf einem wertunabhängigen Flächenmodell. Das ist weder gerecht noch verfassungskonform, weil es die tatsächliche Wertentwicklung eines Grundstücks nicht

widerspiegelt und Wohngrundstücke verteuert während Geschäftsgrundstücke entlastet würden. Dass das mit der SPD nicht zu machen ist, habe ich in meiner [Rede](#) in der letzten Sitzungswoche deutlich gemacht. Weitere Informationen findet ihr [hier](#).

---

Am 26. Mai wählt Europa ein neues Parlament. In einem Jahr, in dem populistische und nationalistische Strömungen allerorts auf dem Vormarsch sind. In dem hunderttausende Menschen auf die Straßen gehen, von den französischen Gelbwesten über die Demonstranten gegen die geplante Urheberrechtsreform bis zu den jungen Menschen von Fridays for Future. Im Jahr des Brexit. Die europäische Idee basiert auf Zusammenhalt, doch dieser scheint heute immer mehr zu bröckeln. Am letzten Wochenende haben wir unser



**Wahlprogramm für die Europawahl** verabschiedet und darin unsere Antworten auf diese Herausforderungen formuliert. Sozial, demokratisch und frei, so sieht unsere Vision für Europa aus. Dazu gehört zum Beispiel die Forderung nach armutsfesten Mindestlöhnen, einer Mindestbesteuerung von digitalen Unternehmen und einer Verschärfung des Kampfes gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Das Wahlprogramm im Detail findet ihr [hier](#).

„Wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen: Durch gemeinsame europäische Zukunftsinvestitionen in unsere gemeinsamen öffentlichen Güter.“ Auch das steht in unserem Wahlprogramm zur Europawahl.



Passend dazu habe ich im *Spiegel*-Interview gemeinsam mit meinen SPD-Kolleginnen im Finanzausschuss, Cansel Kizitepe und Wiebke Esdar, über unsere Kritik am Konzept der ‚Schwarzen Null‘ und der **Schuldenbremse** gesprochen. Generationengerechtigkeit bedeutet für mich auch, der nächsten Generation einen handlungsfähigen Staat und eine funktionierende Infrastruktur zu hinter-

lassen, nicht nur einen Kontostand. Während derzeit der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte sinkt, bröckeln derweil Straßen und Brücken, mangelt es an Investitionen in Schulen und Universitäten. Bemerkenswert ist, dass sich inzwischen auch immer mehr Ökonomen unserer Kritik anschließen. Den ganzen Artikel gibt es [hier](#).

---

Umwelt ist eine soziale Frage. Deshalb ist für mich klar: Saubere Luft und Mobilität für alle - das muss vereinbar sein! In der letzten Sitzungswoche haben wir im Bundestag die Änderung des **Bundesimmissionsschutzgesetzes** beschlossen. Unser Ziel ist die schnellstmögliche Einhaltung der Stickoxid-Grenzwerte in allen Städten, damit die Gesundheit der Menschen nicht gefährdet wird. Fahrverbote sollen dabei aber nur die ultima ratio bleiben, damit sich alle Menschen weiterhin tagtäglich in ihren Städten bewegen können. Die wichtigste Maßnahme sind technische Nachrüstungen für Diesel-PKW, die Verkehrsminister Scheuer viel zu lange



blockiert hat. Während wir mit der Änderung des BImSchG schon einige Fortschritte erreichen konnten, bestehen für die betroffenen Menschen und Kommunen, aber auch die betroffenen Branchen weiterhin hohe Unsicherheiten. Wir setzen uns deshalb für zusätzliche Maßnahmen ein, wie einen Pakt für Nachrüstung und ein 365 Euro Jahresticket für Busse und Bahnen. Weitere Informationen dazu findet ihr [hier](#).

Herzliche Grüße  
Euer

